

Zeitschrift: Das Konzept : die Monatszeitung
Herausgeber: Verband der Schweizerischen Studentenschaften VSS
Band: 5 (1976)
Heft: 10

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

das Konzept

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Seminarien und andern höheren Schulen der Deutschschweiz: Auflage 32 000

Redaktion: Konrad Fislser, Ruedi Kung, B.D. Niebuhr, Rolf Nef, Beat Schweingruber
Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatt-
quai 94, 8023 Zürich, Tel. (01) 47 34 00
Adresse: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich,
Tel. (01) 47 75 30
Abonnemente: pro Jahr Fr. 16.- (Ausz. 20.-)
Schüler und Lehrlinge Ermässigung

Eine Hochschule wehrt sich für den chilenischen Ökonomen Mario Duran Vidal, der an der Uni Konstanz nach dem Willen des Kultusministeriums nicht angestellt werden soll. Seite 3

«Überqualifikation erwünscht» meinen die Vertreter der Gesellschaft für Hochschule und Forschung (GHF) Seite 4

Selbstgebastelte Unigesetze sieht der VSS nach einem Rundblick durch die Schweizer Unigesetzgebung Seite 5

Ein Brief aus Bolivien und Informationen der «amerikanischen internationalen» beschreiben Zustände im Kontinent der Unterdrückung Seite 7

und wie immer: Tips, Kontaktinserte, Hinweise und ein aktuelles Kurztinterview

Einige unkeusche Angaben über den «Tagi-König» Contin:

Versteuertes Reineinkommen
1965: 638 900 Fr.
1970: 1 328 800 Fr.
1975: 2 081 300 Fr.

Versteuertes Reinvermögen
1965: 12 146 000 Fr.
1970: 28 090 000 Fr.
1975: 40 280 000 Fr.

Der jährliche Reingewinn des «Informationsunternehmens»
«Tagi-Anzeiger» beträgt rund 25 Mio Fr.

Tages-Anzeiger

Überparteiliche schweizerische Tageszeitung



Lieber Herr Dr. Coninx

Das kleine Exzerpt einer Zeitung auf Sie in Form einer Gegenfrage. Wie Sie sich in der Handlung verhalten, haben Sie nicht nur in der Vergangenheit, sondern auch in der Zukunft. Sie sind ein Mensch, der sich in der Welt bewegt. Sie sind ein Mensch, der sich in der Welt bewegt. Sie sind ein Mensch, der sich in der Welt bewegt.

Bibliomontage Beat Schweingruber und Christine Miserez



vorher nach 2 Tagen nach 14 Tagen nach 4 Wochen nach 6 Wochen nachher

Die staatlich verordnete Umwandlung des aufsässigen N. in einen tragbaren und treuen Staatsbürger

In den letzten Jahren haben sich auch in der Schweiz in alarmierendem Ausmass die Fälle gehäuft, da uneinsichtige Bürger Rechte und Freiheiten, die zu den Grundpfeilern unserer demokratischen Ordnung gehören, auch tatsächlich in Anspruch nahen und teilweise heftige Kritik an unserem Staatswesen und an hochstehenden Persönlichkeiten des öffentlichen und privaten Lebens ausüben. Bisher ist es meistens gelungen, durch Entlassung oder sonstigen Entzug der ökonomischen Basis solche unliebsamen Elemente auszuschalten. In einzelnen besonders hartnäckigen Fällen jedoch ist die zersetzende

und destruktive Tätigkeit willentlich und bewusst fortgesetzt worden. Um diesem Treiben, das die bestehende Ordnung aufs höchste gefährdet, endgültig einen Riegel schieben zu können, hat das Eidg. Justiz- und Polizeidepartement in St. Gallen eine Eidgenossenschaft zur Umwandlung besonders exzessiver Demokratietüchtiger (EVA-ZUBED) errichtet. Namhafte finanzielle Beiträge sind von verschiedener Seite zugesichert worden, u. a. vom Fürstentum Liechtenstein, vom französischen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing, vom Kanton Appenzel-Innerrhoden, von der Zürcher Handelskammer, der Frei-

sinnig-Demokratischen Partei Zürcher Hinterland, dem Schweizerischen Toffhändler-Club, der Vereinigung Pro Vertreter sowie einem anonym bleibenden prominenten Handballer aus der Ostschweiz. Unsere Bildserie zeigt einen der ersten Patienten der EVA-ZUBED in verschiedenen Stadien der erfolgreich verlaufenden Behandlung. Es handelt sich um den vormals als aggressiv-gefährlich bekannten Pamphletisten N., der heute völlig zufriedenstellend als Magaziner im Staatsschutzarchiv des Bundeshauses sein Plätzchen ausfüllt.

Bisher unveröffentlichte Dokumente zum Fall Meienberg

Vom Meinungsverwalter zitiert

Meienbergs Fall aus Gunst und Gnade des «Tages-Anzeigers», der mit der Empfängnisverhütung eines Meienberg-Stücks zum Thema Demokratie und Landesverrat am Zürcher Neumarkttheater praktisch zusammenfiel, hat eine ungeahnte Publizität ausgelöst. Wir möchten den zahlreichen Artikeln* zur diesjährigen Mauorkorbaktion des TA-Verlegers Coninx nicht noch einen weiteren beifügen. Hingegen gibt es dazu eine bisher noch wenig bekannte, aber bedeutungsvolle Vorgeschichte. Bereits 1973 nämlich eckte der engagierte Journalist in den oberen Etagen der zweitgrössten Schweizer Tageszeitung an, unter anderem auch wegen Artikeln, die «das Konzept» von ihm veröffentlicht hatte. Meienberg wurde in der Folge zweimal vor

den Chefredaktor und einmal vor die Statutenkommission zitiert. Über den Fall Meienberg und den «Tages-Anzeiger» hinaus weisen diese Unterredungen darauf hin, was in der Schweiz an Journalismus überhaupt möglich ist. Sie zeigen das Verhältnis des Chefredaktors, des obersten Meinungsvorwalters also – immerhin einer der grössten und auch liberalsten Tageszeitungen der Schweiz –, zum Schreiben und zu den Schreibern. Nachstehend drucken wir den Verlauf dieser wichtigen Gespräche ab. Es sind Gedächtnisprotokolle, die Meienberg jeweils unmittelbar anschliessend niedergeschrieben hat. Dazu kommen auch bisher unbekannt Einzelheiten aus der kürzlich durchgeführten Unterredung Meienberg/Coninx.

Der ersten Unterredung ging eine längere Besprechung zwischen den «Tagi»-Redaktoren Peter Frey, Laura Wyss, Hans Tschäni, Peter Meier, Christoph Kuhn einerseits und Chefredaktor Stutzer andererseits voraus, wobei die Rede war von der Tragbarkeit der Meienberg'schen Artikel für den «Tagi». Es sollen sich bei dieser Besprechung alle ausser Hans Tschäni ziemlich stark für Meienberg eingesetzt haben. Die Besprechung war provoziert worden durch Meienbergs Artikel über den Film «La grande bouffe» (TA, 6. September 1973). Nach dem Erscheinen dieses Artikels hat Herr Stutzer alle Abteilungen der Zeitung, welche für Meienberg-Publikationen in Frage kamen, darauf vergahrt, nichts mehr von ihm zu publizieren, bis er in einem Monat aus den Ferien zurück sei. Darauf entlog Stutzer in die Ferien.

zumelden. Erstens scheine ihm Meienbergs Art ein «Quod-erat-demonstrandum-Journalismus» zu sein. Zweitens scheine ihm eine gewisse Doppelzüngigkeit im Meienberg'schen Journalismus vorzuliegen, nämlich: in «TA-Magazin» schreibe er ganz anders als im «Konzept». Drittens möchte er Aufschluss über Meienbergs politische Einstellung. Auf die Frage Meienbergs, was denn unter «Quod-erat-demonstrandum-Journalismus» zu verstehen sei, sagte S.: M. gehe mit festen Kategorien an seine Reportagen heran, hole

* Die «Luzerner Zeitung» brachte in ihrer Ausgabe Nr. 40 vom 5. 10. 76 zwei absolut lesenswerte Beiträge:
• «Presse unter Druck», eine gut fundierte Zusammenfassung zahlreicher und meist erfolgreicher Druckversuche von aussen (Insurgenten) auf Verleger und Redaktionen der Schweizer Presse, und
• «Die Coninx Connection», ein Interview mit Niklaus Meienberg über den Verleger Coninx und die Verhältnisse auf der TA-Redaktion ausgezeichnet porträtiert.

In der Wochenendbeilage der «National-Zeitung» vom 9. 10. 76 hat Meienberg seine publizistische Grundhaltung in einer fiktiven Gerichtsverhandlung verdeutlicht.

in der Wirklichkeit nur noch Füllmaterial, um die bereits im vorherigen feststehende Konstruktion aufzufüllen. Das sei eine ziemlich zersetzende Art der Demonstration (M. wurde bei den Benediktinern, nicht bei den Jesuiten erzeugt) und mit journalistischem Ethos eigentlich nicht recht vereinbar. Ein Journalist dürfe keine vorgefassten Meinungen haben, müsse nur Tatsachen aneinanderreihen. Darauf sagte Meienberg, dass seit Immanuel Kants Arbeiten über die Erkenntnistheorie allgemein bekannt sei, dass jeder Mann mit bestimmten Kategorien an die Wirklichkeit herangehe, es frage sich nur, ob der Journalist seine Kategorien vom harnach

I. Akt

Unterredung Stutzer/Meienberg vom 15. November 1973, 14.30 bis 17 Uhr:

«Meienbergs Art ist ein Quod-erat-demonstrandum-Journalismus.» (St.)

zigartige Schreibkraft sei, wie sonst (in diesem Haus) nicht mehr vorhanden, übrigens auch auf nationaler Ebene einzigartig und dann auch im ganzen deutschen Sprachraum, soweit Stutzer diesen überblicke, eine Spitzenkraft. Dies müsse er vorausschicken, damit Meienberg begreife, wie schwer ihm, Stutzer, die folgenden Bemerkungen fielen. Er habe drei hauptsächliche Bedenken an-

gesammelten Material in Frage stellen lasse, was für ihn, M., zutrefte, soweit er das beurteilen könne. Er habe noch nie eine Reportage verfertigt ohne über eine möglichst grosse Auswahl von positivistisch-empirisch gesammeltem Material zu verfügen, und er habe seine Auswahlkriterien schon oft im Laufe einer Reportage revidiert. Wenn er ein Quod-erat-demonstrandum-Journalist wäre, könnte er ja seine Reportagen am Schreibtisch verfertigen und müsste nicht immer in die Natur hinausgehen und mit den Leuten reden, er könnte es dann einfacher haben, wie manche Schreibtisch-Strategen beim «Tagi» es einfach haben.

Was die Doppelzüngigkeit betreffe, so möchte er die im «Konzept» erschienenen Artikel nicht auch am liebsten im «Tagi» publizieren; manche von diesen Artikeln und das könnten Herr Frey und Hugo Leber bezweigen, habe er übrigens zuerst dem Magazin geschickt, wo sie aber nicht abgedruckt wurden, weil sie aus irgendeinem Grunde nicht recht gefielen. Also habe er sie dem «Konzept» oder der «Neutralität» angeboten und zum «Focus». Übrigens sei in der inkriminierte Artikel über «La grande bouffe» genau in dem Stil wie die «Konzept»-Artikel – da sei halt einmal einer im «Tagi» durchgeschlüpft –, also könne man doch nicht gut von Doppelzüngigkeit reden. Er habe einfach eine gewisse Produktion, und alles, was er produzierte, biete er zuerst dem «Tagi» an. Wenn der halt nicht wolle, werde die Produktion anderweitig vertrieben.

Was den inkriminierten Absatz über Pompidou angehe, «der in letzter Zeit so furchtbar aufgequollen ist», so habe er diesen Pompidou einmal beim Essen respektive Fressen beobachtet können, bei einer Erinnerungsfahrt in Pompidous Lycée in Abbi, und da sei wirklich so drastisch gefressen worden wie in Ferreris Film «La grande bouffe», und übr-

gens habe auch Aron in seinem Buch «Le maitre du 19e siècle» sehr richtig betont, dass diese Art von Essen den Höhepunkt der bürgerlich-magenbetonten Entwicklung bilde.

Was nun seine politische Einstellung anbetreffe, sagte M., so könne er sich als Radikal-demokraten bezeichnen, das heisst, er wünsche radikale Demokratie auf allen Gebieten.

«Radikale Demokratie kann in einem bestimmten Zeitpunkt auch verlangen, dass man auf die Barrikaden geht.» (M.)

Er sei also kein Stalinist, er finde auch, im gegenwärtigen Zeitpunkt sei Gewaltanwendung von linker Seite gar nicht empfehlenswert, weil sich das Gegenteil der angestrebten Wirkung zur Folge hätte. Nur müsse man auch sagen, und vor allem nach den Ereignissen in Chile, dass die Rechte halt den Willen des Volkes nicht respektierte, wenn sich dieser Wille nur elektoralistisch ausdrücke und keine anderen Machtmittel als die Stimmabgabe zur Verfügung habe. Radikale Demokratie könne in einem bestimmten Zeitpunkt, wenn nämlich die herrschende Minderheit ihre Macht nicht abgeben wolle, auch verlangen, dass man auf die Barrikaden gehe, um diese Minderheit mit allen Mitteln zu ent-

machten. Darauf sagte Herr Stutzer, in einer solchen Situation würde auch er auf die Barrikaden gehen, und das Beispiel Chile habe ihm auch furchtbar zu denken gegeben. Darauf sagte Meienberg: Dann sind wir ja einig, und ich kann Ihnen vielleicht noch einige Tips geben für den Barrikadenbau, den ich 1968 im Mai in Paris lernen durfte. (Vgl. «Konzept» Nr. 7, 75.)

Dann besprachen St. und M. einige Artikel des letzteren, (...) worunter auch den «Tod durch Erschossen», in dem M. die Situation zu sehr zugespitzt habe. (Diese Reportage diente später als Vorlage zum Film «Die Erschossenen des Ernst S.» von Richard Dindo und N. M., Red.) Die Sache mit den Erschossenen habe sogar Herrn Tschäni, der Meienberg sonst immer unterstützte, sehr zu-

«M. bekennt nicht sofort Farbe, aber die Ideologie kommt so unnein.» (St.)

denken gegeben, und sogar der Sohn von Tschäni habe gesagt, das sei ein in den letzten Mitteln der Raffinesse und allerfeinsten Agitation geschriebener Artikel, derart raffiniert, dass man die Manipulation kaum merke. Überhaupt, im allgemeinen sei festzuhalten, dass die Agitation bei M. nie offen be-

Der September fand statt ...

... und damit auch das September-«Konzept». Den September sehen Sie nicht wieder, verpasst ist verpasst. Aber «das Konzept» im September... das ist noch zu haben, Mit Informationen über:

das Bankgeheimnis in der Schweiz

Auszüge aus Jean Ziegler's Buch «Eine Schweiz, über jeden Verdacht erhaben».

Gesamtverteidigung

Dr. Hansjörg Braunschweig vertritt «Unmilitärische Standpunkte» in der Diskussion um militärische und zivile Landesverteidigung.

Schweizer Bildungswesen

«... mal einen Pflasterstein werfen», meint die Gesellschaft für Hochschule und Forschung (GHF), damit in der Bildungspolitik endlich etwas geschieht. GHF-Präsident Anton E. Schrafl und GHF-Geschäfts-

führer Günter Latzel geben Auskunft.

Folgen des Vietnamkrieges

Die amerikanische Aggression in Vietnam hat ökologische Folgen, unter denen Vietnam noch Jahre leiden wird. Auch das Seveso-Gift TODD wurde unter anderem als Entlaubungsmittel eingesetzt.

Daneben viele Tips, Hinweise und kleinere Artikel

Talon ausfüllen und einsenden an «das Konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich. Ich bestelle ... Ex. der Septembernummer und lege pro Ex. 1.50 Fr. in Briefmarken bei.

Name _____

Vorname _____

Strasse _____

PLZ, Ort _____

«das konzept» im Gespräch mit der «Gesellschaft für Hochschule und Forschung»

«... Überqualifikation erwünscht»

In diesen Tagen beginnt an den Schweizer Hochschulen das Wintersemester. Allein in Zürich sind in diesem Herbst gegen 4000 Neumatrikulanten zu erwarten. Die von vielen - eben erst dem Stress der Mittelschulen entronnen - in das Studium gesetzten Hoffnungen auf «mehr Luft» dürften sich in vielen Fällen nicht erfüllen. In den letzten Jahren haben sich die Studienbedingungen in vielen Disziplinen verschlechtert. Unter dem Druck steigender Zugangszahlen wurden Stoffpläne gestrafft, vermehrt Zwischenprüfungen eingeschaltet usw. So verschwindet in zunehmendem Mass auch dort, wo vorläufig noch keine direkten Zugangserleichterungen (Medizin!) bestehen, das letzte Restchen der vermeintlichen «akademischen Freiheit». Dies sind Folgen des Bildungsbooms der späten sechziger Jahre, hauptsächlich bedingt durch die diffuse Be-

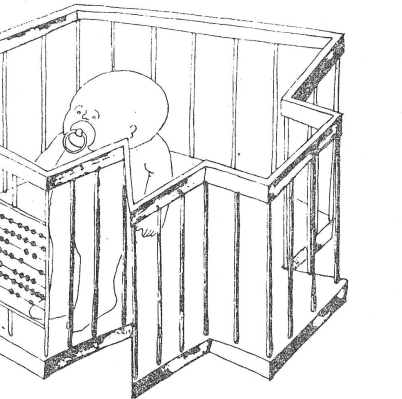
fürchtung, dass die Schweiz ohne zusätzliche Bildungsanstrengungen im internationalen wirtschaftlichen Konkurrenzkampf nicht bestehen könne. In der Zwischenzeit wurde die Angst vor Unterqualifikation durch die Angst vor Überqualifikation abgelöst. Plädierte man damals für eine Erweiterung des Studienplatzangebots, so werden heute - um die Qualität des Studienbetriebs aufrechtzuerhalten - Zulassungsbeschränkungen verlangt. In beiden Fällen dominiert die quantitative Perspektive, qualitative Gesichtspunkte eine umfassende Konzeption für das Bildungswesen, werden meistens vernachlässigt. - Zu diesen Fragen äussern sich in der zweiten Hälfte des «konzept»-Gesprächs mit der «Gesellschaft für Hochschule und Forschung» (GHF) A. E. Schraffl, Präsident der GHF, und deren Geschäftsführer G. Latzel. B. D. N./R. N.

«das konzept»: An den Universitäten herrscht allenthalben Platznot. In einzelnen Disziplinen steht die Einführung von Zulassungsbeschränkungen unmittelbar bevor. Im Zusammenhang mit dem drohenden Numerus clausus sind nun in den letzten Jahren vermehrt Forderungen nach einer grundsätzlichen Reform des postobligatorischen Bildungsbereiches, Forderungen nach einer Gesamtkonzeption für diesen Bildungsbereich laut geworden. Welche Konzeption vertritt die GHF?

Latzel: Anzustreben ist eine Neuordnung des postobligatorischen Bildungsbereichs nach dem Baukastenprinzip, dem Blocksystem. In einem solchen System sind Ausbildung und Praxis oder mit andern Worten akademischer und berufspraktischer Bereich stärker aufeinander bezogen, als dies heute der Fall ist. Damit wird einerseits der Wirklichkeitsbezug der traditionellen Gymnasial- und Hochschulbildung, andererseits der nach unserer Ansicht ungenügende Theoriebezug der Berufsbildung erhöht. Im weiteren schafft ein derartiges System viele Einstiegs- und Abschlussmöglichkeiten und erhöht somit ungemein die Chancengleichheit.

Von wem erwarten Sie die Erarbeitung einer derartigen Gesamtkonzeption? Vom Bund?

Latzel: Nicht nur vom Bund, sondern auch vom ganzen höheren Bildungswesen. Wir sind ja fast die ersten gewesen, die überhaupt darauf aufmerksam gemacht haben, dass man die Hochschulen nicht losgelöst von den Mittelschulen betrachten kann. Zum anderen haben



Schweizerische Bildungsplanung: Zählübung im Laufgitter (aus dem SP-Institut Nr. 6)

wir immer wieder festgestellt, dass zum Beispiel von den Techniken ein immenses Interesse an einem derartigen System vorhanden ist. Das heisst, wir erwarten nicht, dass der Bund ein derartiges System vorschlägt; aber wir erwarten zumindest, dass im 3. Ausbaubericht des Wissenschaftsrates diese Probleme behandelt werden.

Bildung ist keine Beschäftigungsgarantie

Die GHF hat sich in der Frage des Hochschulzugangs im Prinzip für den «social-demand»-Ansatz ausgesprochen, das heisst, dass sich der Ausbau des höheren Bildungswesens eher nach der individuellen Bildungsnachfrage als nach zahlenmässig relativ exakt fixierten Bedarfsvorstellungen zu richten hat. Nun wird eine Reorganisation des höheren Bildungswesens nach dem Baukastenprinzip nicht nur die Nachfrage nach höherer Bildung sondern auch das «Angebot» von Personen mit tertiärem Bildungsgang erhöhen. In der BRD sind aber schon heute - ohne dass hier die Hochschulen sehr zugänglich wären - viele sogenannte Akademiker arbeitslos. Besteht nicht auch in der Schweiz in zunehmendem Masse ein Konflikt zwischen dem Recht auf Bildung einerseits und dem Anspruch auf qualifikationsadäquate Beschäftigung andererseits?

Latzel: Doch. An sich muss es ja nicht unbedingt ein Privileg des Akademikers

sein, nicht arbeitslos zu werden. Er ist an sich schon privilegiert. Überdies stellt man überall fest, dass der Akademiker immer noch die besseren Berufschancen hat als Personen ohne höhere Ausbildung. Im übrigen verfechten wir ja den «social-demand»-Ansatz nicht in einer absoluten Form. Wenn alle Schweizer an die Hochschule in der heutigen Form wollten, so erschiene uns dies nicht sehr sinnvoll. Mit der Entwicklung von Alternativen zur heutigen Hochschulbildung wird das ganze Problem zudem entschärft. Das Blocksystem der Attraktivität von Ausbildungsgängen, die ausserhalb der heutigen Hochschulen liegen, steigern.

Aber was wollen Sie - etwas überspitzt formuliert - mit der hohen Bildung für den Strassenkehrer? Das rentiert doch nicht...

Latzel: Von mir aus. Das finde ich gar nicht so schlimm. Wir leben in einer direkten Demokratie: Diese setzt mündige Bürger voraus, setzt Bürger voraus, die in der Lage sind, Informationen zu verarbeiten, und das setzt ein gewisses Bildungsniveau voraus.

Überqualifikation notwendig

Aber sehen Sie sich zum Beispiel den Vorentwurf für das Berufsbildungsgesetz an. Bezeichnend ist doch hier die Anleihe - bezeichnend für eine starke Deutscheschweizer Presse aufmerksam machen. Sei es durch das völlige Versagen der Korrekturen oder durch böswillige Absicht der Zeitungen, es wurde fälschlich immer wieder über Verhandlungen des Nationalrates über die Zivildienst-Initiative für Dienstverweigerer aus Gewissensgründen berichtet. Wie Sie richtig bemerken, handelte es sich um die Nationalrat einer Zivildienst-Initiative aus gewissen Gründen. Dabei stritten sich prominente Nationalräter, ob gewisse Gründe gegen den Zivildienst als teilbar oder unteilbar anerkannt werden können.

Frisch wie mit dreissig

Die deutsche «Welt» hielt Frischs Rede anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels für «erschreckend konformistisch» - weil Frisch sich darin nicht zur Lobpreisung der gesellschaftlichen Verhältnisse bereithalten konnte. Die Anprangerung der verderblichen Nahtstellen unserer Gesellschaft kommt der «Welt» vor wie das Abrufen von (stereotypen) Daten aus dem Computer-Gedächtnis: Die «Welt» liegt falsch, wenn sie Frischs Äusserungen für konformistisch hält. Frisch war mit 30 nicht so zeitgemäss politisch, wie er es heute mit 60 ist. Richtig liegt sie, die «Welt», weil heute kein Schriftsteller deutsche Sprache von Rang sich zur Lobhudelei des Bestehenden einsetzt, sondern mit den Missständen «konform» diese als solche anklagt. Frischs Rede ist mit den erschreckenden Verhältnissen konform. So kommt denn auch ein anderer namhafter Schriftsteller aus der Schweiz, Prof. A. Muschg, zur Überzeugung: Frischs Rede sei die gewichtigste Rede eines Schweizer Schriftstellers seit 60 Jahren.

Es stellt sich allerdings die Frage, welche Bedeutung einer solchen Rede zukommt. Der in der Rede vorgelegene Standpunkt und, mehr noch, die Deutlichkeit des Vortrags sind eine neuere Erscheinung Frischs. Er ist aufgewacht, nicht aus dem Schlaf, sondern aus dem Zustand literarischer Unverbindlichkeit. Vor dieser Tatsache zittern die Rechtfertigungsideologen aus den «Welt»-Blättern. Vor der Wirkung auf das Denken der Millionen Leser von Frischs Literatur ist jetzt auch zu Zuhörern seiner politischen Haltung geworden sind, haben die Priester der bestehenden Zustände Angst, so etwa ein Ständerat Broger (Appenzell) im «Blick». Der dazu

völlig Unberufene nimmt denn in seiner Stellungnahme kaum Stellung: «Es sieht leider kaum so aus, dass die Welt je nach den Geboten der Bergpredigt regiert werden wird.» Das heisst doch nichts anderes als: Was wollt ihr anklagen und hetzen, es hat doch alles seinen Sinn!

Statt dem «Schlagt euch das kritische Denken aus dem Kopf» mit der Angenehme und der Ehrbare, der Sechzigjährige, der kein Strizzi mehr ist, das Gegenteil. Gerade die gesellschaftliche Position dieses zeitgemässen Rufers gibt das Problem auf: Wie ernst ist ihm damit? Wer ihm mit dem «Gantenbein» dahin gefolgt ist, anzunehmen, dass jeder sein Leben, könnte er es nochmals leben, wieder genau gleich leben würde - folgt er ihm jetzt zur Anklage und Überwindung der Miss- und Machtzustände? Und jene, die diese Anklage schon lange leisteten, die seinen «Stiller» und seinen «Gantenbein» nicht kennen - trauen sie diesem plötzlich erblindeten Ruf?

Wer Frischs Rede mitgehört hat, konnte sich ihrer Wirkung nicht entziehen. Was aber darüber hinaus von Bedeutung ist: die Öffentlichkeit seiner Haltung kann ihm auch nachträglich von Propagandisten nicht leicht entzogen werden. Das ist nicht einer, der einfach leichtgläubig werden kann. Er kann auch nicht leicht ins Abseits der Öffentlichkeit abgedrängt werden. Vielleicht ist es diese Kraft, welche zu wirken vermag. Auf diese Kritik kann man sich berufen. Mit Leuten wie Frisch kann man den unververblich Gläubigen die Vernünftigen einer kritischen Haltung aufzeigen. Und eine kritische Haltung hat es bei uns leider nötig, als vernünftig erwiesen zu werden: zu stark ist die Stimme derer, welche unsere kleine Welt anbeten und welche ihre Kritiker verteuflern. R. Küng

Schicht in unserer Gesellschaft, die befürchtet, dass die Qualifikation der Beschäftigten über die direkt produktiv verwertbare (und zu bezahlende) Tätigkeitsqualifikation hinausgeht, dass die Beschäftigten «überqualifiziert» sind.

Latzel: Das wird sich langfristig ändern. Zum Teil ist es ja schon heute so, dass Hochschulabsolventen Positionen besetzen, in denen vor 10 Jahren noch keine Akademiker zu finden gewesen sind.

Im übrigen ist ein gewisses Mass an Überqualifikation durchaus erwünscht. Man muss ja die Leute nicht nur ausbilden für das, was man heute tut, sondern auch für das, was morgen gemacht werden muss. Ich glaube, es besteht eher ein Problem der Unter- denn ein Problem der Überqualifikation.

Dies zeigt sich zum Beispiel im Zusammenhang mit der Berufsbildung. Noch vor drei Jahren hat man mit einem Hochschulabschluss ohne weiteres eine Lehrstelle gefunden. Dies ist heute bedeutend schwieriger. In immer mehr Fällen ist ein Sekundarschulabschluss praktisch Bedingung. Im übrigen hat man im Zusammenhang mit der Ausländerfrage gesehen, welche staatspolitischen Auswirkungen die Unterqualifikation haben kann.

Flexibilität...

Seit Jahren ringen an den einzelnen Universitäten und auf Bundesebene - im Schosse der Hochschul- und der Hochschulrektorenkonferenz - Kommissionen mit den Problemen der Studien- und Strukturreform. Ziel des Lernens und Organisation des Lehrens sind umstritten. Wie schützen Sie die Qualität der Ausbildung an den schweizerischen Universitäten ein?

Latzel: Betrachtet man die Dozenten-Studenten-Relation oder die finanziellen Aufwendungen pro Student an den einzelnen Universitäten, so gibt es offensichtlich recht unterschiedliche Auffassungen darüber, wie Lehre betrieben werden soll. Es wäre gut, wenn man sich Überlegungen machen würde, wo in diesem breiten Spektrum für die Schweiz das Optimum liegt.

Im weiteren nimmt die Verschulung dauernd zu. Dazu ein Beispiel: Den Biologen in Basel wird im ersten Semester laut Lehrplan der Besuch von gegen 50 Wochenstunden empfohlen. Bei einer solchen Belastung liegt natürlich so etwas wie selbständige Arbeit oder Eigenstudium gar nicht mehr drin. Gleichzeitig ist jedoch das Ziel der Hochschulausbildung ein selbständiger Mensch...

Bei einer Umfrage unter unseren Mitgliedern aus der Wirtschaft haben wir festgestellt, dass von den Hochschulabsolventen vor allem zwei Sachen gefordert werden, die heute an den Universitäten nur in sehr geringem Ausmass vermittelt werden: Problemlösungsfähigkeit und Flexibilität. Wir haben uns auch schon überlegt, was die Studenten der höheren Semester nicht dazu verpflichten sollte, während eines Jahres als Tutor zu amten, einerseits um ihr eigenes Wissen zu vertiefen, andererseits um mitzuhelfen, die Qualität der Lehre zu verbessern.

... und Kommunikationsfähigkeit

Schraffl: Die Studenten müssen auch besser darauf vorbereitet werden, einen eigenen Standpunkt zu vertreten und entsprechend zu kommunizieren. Die Kommunikationsfähigkeit ist - ausser vielleicht bei den Juristen und gewissen Sprachwissenschaftlern - minimal entwickelt. Diese beiden Fähigkeiten sind genauso wichtig wie fachliche Kenntnisse.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Aus- und Weiterbildung der Dozenten, und zwar nicht nur in fachlicher, sondern vor allem in didaktischer, pädagogischer und führungsmässiger Hinsicht. Letzteres ist vor allem im Zusammenhang mit der Leitung des Instituts oder Seminars wichtig. Auf eine derartige Aufgabe sind ja die wenigsten vorbereitet. Da kann man noch einiges dazutun.

Reform durch Führung?

Was heisst da Optimierung der Führungsfähigkeit? Heisst das «Herr im Haus», der nun einfach seine Studenten und Assistenten etwas geschickter als bisher zu führen hat?

Schraffl: Ich glaube, diese Vorstellung ist schon lange passé. Heute wird im allgemeinen der partizipative Führungsstil gepflegt. Ich möchte da überhaupt nicht auf die autoritären Vorstellungen zurückkommen, wie sie früher üblich gewesen sind. Für uns ist eine Zweigwegkommunikation, also eine von oben nach unten und eine von unten nach oben, eine Selbstverständlichkeit. Das sind gerade Sachverhalte, die man üben und lernen muss und die man sich nicht einfach zufällig aneignet. Man muss den Leuten auch eine gewisse Angst nehmen, die Angst nämlich, dass solche Kommunikationsmechanismen einem schaden könnten.

Herr Schraffl, Herr Latzel, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Wer ist die GHF? Was will die GHF?

Im September führten zwei «konzept»-Redaktoren ein zweistündiges Gespräch mit GHF-Präsident Dr. Anton E. Schraffl und GHF-Sekretär Günther Latzel. «das konzept» hat in seiner Septembernummer diejenigen Teile des Interviews abgedruckt, in denen die GHF vorgestellt wird und wo sie ihre Kritik an der Bildungspolitik des Bundes formuliert. Die Oktoberausgabe des «konzept» stellt die inhaltlichen Reformvorstellungen und die Gesamtbildungskonzeption dieser progressiv-bürgerlichen Bildungslobby ins rechte Licht.

Die Septembernummer des «konzept» ist zu beziehen bei der Redaktion «das konzept», Rämistrasse 66, 8006 Zürich.

Das «konzept»-Kurzinterview des Monats



kurz, klar und kaum gelogen

Hier haben unsere Zeitgenossen aus Feld und Wald, die Dunkelwälder und Mattscheibenleuchten, das Wort frei.

Heute zum Thema: Linkskurs mit H. G. Lüchinger (fdp.)

Der Zürcher «Tages-Anzeiger» wirbt mit Slogan «Eine für alle, alles in einer». Er will damit seine Überparteilichkeit zeigen. Aber welchen Kurs steuert der «Tages-Anzeiger» tatsächlich?

H.G.L.: Der «Tages-Anzeiger» droht von einer ursprünglich ausgewogenen, überparteilichen Tageszeitung zu einem ausgesprochenen Linksblatt zu werden. Vor allem im TA-Magazin, das man wegen seiner hochstehenden unpolitischen Beiträge schätzt, ist der Linkskurs markant.

Antwort original aus dem freisinnigen Pressedienst vom 28. 9. 76

Unser Briefkasten für Ahnungslose

Lieber Onkel Adolar!

Ihre Befürchtungen sind unzutreffend, lieber B. I. in O., die Natur hat es noch immer verstanden, sich veränderten Umweltbedingungen anzupassen. So hat sich die erwartete Gefährdung des Fischbestandes in Flüssen, die als Kühlwasser für Atomkraftwerke genutzt werden, als unhaltbare Annahme erwiesen. Erst kürzlich ist es einem Biologenteam erst-mals gelungen, ein Exemplar der neuerdings vermehrt auftretenden Forelle blau lebend zu fangen.

Wie sie richtig bemerken, lieben N. O. in N., überflutet die Nein-Welle immer wieder unser Land. Aber im Gegensatz zur Pop-Welle, Sex-Welle, zu den (betäubenden) Ather-Wellen oder der sogenannten «weichen Welle» richtet die Nein-Welle jeweils nur geringen bleibenden Schaden an. So sind beispielsweise der letzten Nein-Welle nur Fernsehartikel und staatliche Versicherungsleistungen zum Opfer gefallen. Entgegen anderslautenden Gerüchten werden aber Politiker jeweils von der Nein-Welle verschont: nach kurzem Aufenthalt in einem Wellental schwimmen sie immer wieder obenauf.

Ich bin Ihnen dankbar, lieber M. Oerlich, das Sie auf die Verwirrung in der

das konzept Tip

In dieser Spalte stellt die Redaktion lesenswerte Publikationen ausserhalb der kommerziellen Produktion vor.

Schweizer Liedermacher 1

Die sechs Liedermacher Ernst Born, Martin Hauzenberger, Fritz Widmer, Walter Lietha, Jürg Jegge und Rolf Prohala sind zu Buchmachern geworden. Ihre Arbeitsweise, ihr persönlicher Stil sind in ihrem Buch ablesbar an den je ca. 10 Liedern, verschiedenen Zeichnungen und Photos, Dokumentationen zu den Liedern und Porträts von Ausgewählten. - Andere Liedermacher z. B. die aus der Welschweiz, dem Tessin, dem romanischen Graubünden - werden in einem weiteren der nun jährlich geplanten Bild/Text-Bände über Schweizer Liedermacher folgen.

Das vom Zyrtogge-Verlag herausgegebene Buch ist leider recht teuer zu haben: nämlich für 25 Franken.

Subscription form for 'das konzept' magazine, including fields for name, address, PLZ, and contact information.

Schwache Koordination bei Universitätsgesetzreformen

Selbstgeschneidertes für die Kantone

Unbehindert von Leitvorstellungen über die «Hochschule Schweiz» im Rahmen einer gesamtschweizerischen Bildungspolitik werden gegenwärtig die Strukturen der kantonalen Universitäten erneuert. Und daran wird sich auch in Zukunft kaum viel ändern. Der Entwurf für ein neues Hochschulförderungsgesetz (HFG) kuschelt vor dem kräftig gedeihenden föderalistischen Bildungswuchs. Der Finanzierungsmodus des HFG aber stellte bis anhin die einzige Möglichkeit dar, wirksamen Einfluss, wenn auch in sehr bescheidenem Aus-

mass, auf die kantonalen Universitäten zu gewinnen. Mit der Hoffnung auf die längst versprochenen neuen Bildungsartikel, die grössere Bundeskompetenzen bringen und damit eine brauchbare Basis für die anstehenden Reformen schaffen sollen, steht es ebenfalls schlecht. Denn bevor neue fortschrittliche Bildungsartikel geboren sind, werden nun kantonale Präjudize geschaffen und mit der eiligen Erneuerung längst überstelliger Schul- und Bildungsgesetze kantonal-heilige Kühe in Sicherheit gebracht.

Der missliche unkoordinierte Reformeffort kennzeichnet nicht allein die Universitätsgesetzreformen. Das gleiche kantonale Vorgehen zeigt sich zum Beispiel auch in der Lehrerbildungsreform. Die Zerrissenheit der bildungspolitischen Reformarbeiten hat System. Zum einen garantiert die eilige Revision der kantonalen Gesetze vor den zu erwartenden Bildungsartikeln am wirksamsten den Status quo. Mit Reformretuschen wird isoliert am «Altbewährten» herumgeflickelt und damit eine grundsätzliche

Reform nicht durchzuführen. Der Reformeffort kennzeichnet nicht allein die Universitätsgesetzreformen. Das gleiche kantonale Vorgehen zeigt sich zum Beispiel auch in der Lehrerbildungsreform. Die Zerrissenheit der bildungspolitischen Reformarbeiten hat System. Zum einen garantiert die eilige Revision der kantonalen Gesetze vor den zu erwartenden Bildungsartikeln am wirksamsten den Status quo. Mit Reformretuschen wird isoliert am «Altbewährten» herumgeflickelt und damit eine grundsätzliche

Auf Bundesebene Feuerwehreaktionen

Die bildungspolitischen Instanzen beim Bund beschränken sich auf Feuerwehreaktionen, um das Schlimmste zu verhüten. Nachdem die Untergesetzreformen längst angelaufen und die entscheidenden Hauptweichen gestellt waren, versuchte das Amt für Wissenschaft und Forschung beim Eidgenössischen Departement des Innern noch etwas zu steuern. Nach dem Motto «Soviel Eigenständigkeit als möglich, soviel Gemeinsamkeit wie nötig» (das eher Verlegenheit als Maxime zum Ausdruck bringt) schied es jene Bereiche aus, «wo die gemeinsame Aufgabe Hochschulpolitik durch kantonalrechtliche Besonderheiten nicht in Frage gestellt ist». Unter demjenigen Punkten, die dringend einer gesamtschweizerischen Koordination bedürfen, figurieren Zulassung und Numerus clausus. Die drohende Diskriminierung der Studenten aus Nicht-Hochschulkantonen durch kantonale Zulassungsbeschränkungen, die einem totalen Fiasco der schweizerischen Bildungspolitik und ihrem kooperativen Föderalismus gleichbedeutend sind, derenmassen im Zentrum, das man auf wichtige andere Koordinationsbestrebungen vorläufig zu verzichten bereit ist.

Die unmittelbar Betroffenen dieser schiefgelaufenen oder verpassten Struktur- und Studienformen sind wir Studenten. Wir versuchen im folgenden, eine Reihe neuer Universitätsgesetze unter je einem ausgewählten Aspekt zu betrachten.

Akute NC-Gefahr in Basel?

Bekanntlich hat sich Basel lange geweigert, das von der Schweizerischen Hochschulkonferenz vorgelegte Nicht-diskriminationsabkommen zu unterschreiben. Freilich lässt sich die Regierung nicht viel mehr als moralisch behaupten. Das schöne Versprechen wird durch den ersten Grossratsbeschluss, die Kredite nicht zu sprechen, unter den Tisch fallen. Der Bund aber bleibt mit seinem alten wie neuen Hochschulförderungsgesetz ziemlich ohnmächtig. Wie die Meinung des Souveräns ist, zeigt deutlich die Vorlage vom 8. Dezember 1974 zum geltenden Universitätsgesetz, der sowohl im regierungsrätlichen wie im grossrätlichen Entwurf Rechnung getragen wird: «Der Regierungsrat kann,

soweit und solange dies mit Rücksicht auf ein ordnungsgemässes Studium oder auf die durch die Möglichkeiten des Kantons bedingte Aufnahmefähigkeit der Universität erforderlich ist, für bestimmte Fakultäten oder Lehrgebiete die Zulassung...

Basel: Das geltende Universitätsgesetz datiert aus dem Jahr 1937 mit einer Ergänzung von 1938. 1971 unterbreitete der Regierungsrat dem Grossen Rat einen Reformentwurf, der die ohnehin schon bestehende Selbstverwaltung noch mehr schwächt und alle Kompetenzen beim neugeschaffenen Universitätsschulrat, einem ausseruniversitären politischen Organ, konzentriert. Nach diesem Entwurf wird die Universität von morgen ausgesprochen erziehungsanstaltliche Zug tragen. Der Zwischenbericht der grossrätlichen Kommission vom 6. Mai 1976 zupft etwas am erziehungsanstaltlichen Kraftwuchs, ohne wesentliche Auswüchse zu beschneiden. Der Bericht wird im laufenden September im Grossrat behandelt werden.

Zürich: Die Situation ist durch eine kaum übersehbare Rechtsfortbildung charakterisiert, datiert doch die geltende Universitätsgesetzordnung von 1920, die ihrerseits auf dem Gesetz über das gesamte Unterrichtswesen aus der Schweiz des letzten Jahrhunderts fußt. Über mehrere Vorwürfe seit 1968 wurde ein kopflastiges Monstrum entwickelt, das sich im wesentlichen durch seine Machtkonzentration an der staatlichen Spitze und inneruniversitär des Rektorats auszeichnet. Am 7. Mai 1975 wurde die letzte Regierungsrats-Gesetzesvorlage zuhanden des Kantonsrates. Diese steht zurzeit in parlamentarischer Beratung. Hinter die studentische Opposition stellt sich auch die SP mit ihrer Ablehnung des Entwurfs, falls nicht wesentliche Änderungen vorgenommen würden.

Bildungsdirigismus in Zürich

Der neue Zürcher Entwurf präsentiert sich uns als ein Musterbeispiel technokratischen Funktionsdenkens. Die lebenswichtigen Entscheide für die Universitätsgesetzgebung werden dem Regierungsrat zugewiesen; so die Beschlüsse über die Errichtung oder Aufhebung von Instituten, die Schaffung der Lehrstellen, die Einführung eines Numerus clausus und die Wahl des Rektors. Letzterer ist sozusagen als verlängerter regierungsrätlicher Arm konzipiert, dem die noch verbleibenden Entscheidungsrechte der versammelten, nur verbal hochgehaltenen universitären Selbstverwaltung zufallen.

Möchte-germ-Technokraten in der BGB-Bernischen Provinz

Das Rektorat leitet die Universität. Es ist zuständig für alle Angelegenheiten der Universität, soweit nicht die Zuständigkeit anderer Organe gegeben ist. Es führt die Geschäfte der Universität, bereitet die Beschlüsse des Universitätsrates und des Senats vor und vollzieht sie. Es ist von allen Beschlüssen universitärer Organe in Kenntnis zu setzen und nimmt soweit nötig Stellung zu den Beschlüssen der übergeordneten Behörden.

Bern: 1969 nahm eine ausserparlamentarische Expertenkommission für ein neues Universitätsgesetz (NU(G)APEK) ihre Arbeit auf und verabschiedete 1972 ihren Schlussbericht, den die Studentenschaft damals als «knapp annehmbaren» Kompromiss bezeichnete. Der Verwaltungsentwurf, ausgearbeitet von Dr. André Suter, Adjunkt der Justizdirektion, krebt weit hinter die NUGAPEK-These zurück und sitzt in der Vernehmung auch bei den Dozenten und Assistenten auf Opposition. Die Überarbeitung des Entwurfs zeigt kein wesentlich neues, freundlicheres Gesicht. Es ist daher kaum zu fassen, dass mit der grossrätlichen Behandlung lang gezögert und abgewartet wird. Frühjahr '77 oder gar erst Frühling 78 werden als Termine für eine mögliche Inkraftsetzung genannt.

Dritter Ausbaubericht des Wissenschaftsrates

Mit dem dritten Ausbaubericht des Wissenschaftsrates sollen bis Ende Jahr «Leitvorstellungen» über die Aufgabe der Universität als Gesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft und Bildungssystem zuhanden der «längerfristigen Planung» vorgelegt werden. Wenn es im ersten und zweiten Ausbaubericht vor allem um Probleme des raschen quantitativen Ausbaus der Hochschulen ging, so steht im jetzt in Aussicht gestellten Bericht der qualitative Aspekt im Vordergrund: Kritisch gesichtet werden sollen das heutige Studienangebot, die überfließende Studiengestaltung sowie die Funktionen der Hochschule in der Forschung und Dienstleistung. Gleichzeitig will man Vorstellungen über Leitungsformen und Erneuerungsverfahren im Hochschulbereich formulieren.

Mit der Zielsetzung wird wohl jedermann einverstanden sein: Eine derartig grundsätzliche Reflexion über unser Hochschulsystem ist längst überfällig. Nach den bisher vorliegenden Entwürfen zu schliessen, ist den Verfassern auch zu attestieren, dass sie mit viel Material und Akribie dem Problemberg zu Leibe rücken. Aber gerade hier ist ein grosses Fragezeichen anzubringen: Ob nicht ein knapper Leitfaden, der die Hauptdein wiedergeben hätte und der dafür rechtzeitig hätte publiziert werden können, der Sache der Hochschulen dienlicher wäre? Durch kantonale und eidgenössische Entscheide sind vielerorts in den letzten Jahren Faits à complis geschaffen worden, die kein Zurückbuchstabieren auf die Linie des Wissenschaftsrates mehr gestatten werden. I/SS

die Universitätsangehörigen, sondern durch die Legislaturen der staatlichen Behörden bestimmt.

Noch demüthlicher tritt dieses sehr bedenkliche Demokratieverständnis der Legislaturen zutage, wenn sie gegenüber der gestärkten Universitätsleitung die Mitbestimmung der Universitätsangehörigen «als wichtige Ausgleichsfunktion» begründen. Mitbestimmung wird hier demokratisches Grundrecht mündiger Bürger verstanden; sie soll einem reibungslosen, effizienten Ablauf der Geschäfte dienen und weit entsprechend zurechtgestutzt.

Die «Brauchbarkeit» einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft der Studenten wird zwar erkannt: «Die Kanalisierung der Meinungsäußerung unter den Studierenden fördert jedoch nicht nur die Handlungsfähigkeit der Studentenvertreter, sondern ebenso sehr die Funktionsfähigkeit der Universität bzw. ihrer Gremien» (S. 42). Aber trotz mehrerer Streicherungen im studentischen Mitbestimmungskonzept, wie massive Untervertretung, Ausschluss bei Berufungen und Schweigepflicht, wird für eine disfunktionale Studentenschaft noch eine besonders wirksame Hauptsicherung eingebaut. Die weitere Existenz einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft aller Studierenden wird mit einer Kann-Formulierung regierungsrätlichen Verordnungsdruck anheimgestellt.

Inzwischen hat die freisinnig-demokratische Kantonsratsfraktion den Vogel abgeschossen: Sie will auf das Universitätsgesetz in der vorgelegten Form nicht eintreten und schlägt eine derart weit hinter die bisherige Diskussion zurückfallende Übergangsordnung vor, dass dieser Rückzug als taktisches Manöver erscheint, den Gesetzentwurf nicht an den bis anhin aufgetretenen Meinungsunterschieden scheitern zu lassen (Stellungnahme des Kleinen Studentenkongresses vom 1. Juni 1976). Sinn und Delegation von Kompetenzen, Mitwirkung durch die einzelnen Hochschulorgane, Gewährleistung von Anhörung und Rekursrecht, das ist nun das FDP-Rezept statt der verordneten Mitbestimmung. Begründung? Die Mitbestimmungsdiskussion sei nicht genügend ausgereift. Wohl dieser Rückschluss ziele? Das wird mit der für die Studenten wichtigsten FDP-Forderung klar, nämlich der nach Abschaffung der Zwangskörperschaft, einer Forderung, in der die FDP neuerdings mit der NA einigigt.

Schulthess- Neuerscheinungen für Jus-Studenten

Prof. Dr. R. Hauser / Prof. Dr. J. Rehberg
Vorlesungsskriptum Strafrecht I, Verbrechenlehre V, 120 Seiten, broschiert, 16 Fr.
Prof. Dr. H. U. Walder / Dr. U. Haubensak
Tafeln zum Schuldbeitrags- und Konkursrecht, 176 Seiten, in einen A4-Ordner eingelegt, 25 Fr.
Prof. Dr. H. U. Walder / Dr. I. Meier
Tafeln zum Zivilprozessrecht, 114 Seiten, in einen A4-Ordner eingelegt, 25 Fr.
Prof. Dr. H. U. Walder / Dr. I. Meier / R. Ottomann / G. Wiget
Der neue Zürcher Zivilprozess, Ein Handbuch ca. 320 Seiten, broschiert, Preis noch unbestimmt
Dr. P. M. Gutzwiller / Dr. K. Hug / Dr. F. Meyer / Dr. R. Wengeler
Grundriss des schweizerischen Privat- und Steuerrechtes mit angrenzenden Gebieten und internationalem Recht XLVIII, 457 Seiten, broschiert, 56 Fr.
Prof. Dr. M. Keller / C. Schulze / K. Schütz u. a.
Die Rechtsprechung des Bundesgerichts im Internationalen Privatrecht und verwandten Rechtsgebieten
Eine systematische Auswertung, Band I: Personen-, Familien-, Erb- und Sachenrecht, ca. 560 Seiten, broschiert, ca. 69 Fr.

Bern: 1969 nahm eine ausserparlamentarische Expertenkommission für ein neues Universitätsgesetz (NU(G)APEK) ihre Arbeit auf und verabschiedete 1972 ihren Schlussbericht, den die Studentenschaft damals als «knapp annehmbaren» Kompromiss bezeichnete. Der Verwaltungsentwurf, ausgearbeitet von Dr. André Suter, Adjunkt der Justizdirektion, krebt weit hinter die NUGAPEK-These zurück und sitzt in der Vernehmung auch bei den Dozenten und Assistenten auf Opposition. Die Überarbeitung des Entwurfs zeigt kein wesentlich neues, freundlicheres Gesicht. Es ist daher kaum zu fassen, dass mit der grossrätlichen Behandlung lang gezögert und abgewartet wird. Frühjahr '77 oder gar erst Frühling 78 werden als Termine für eine mögliche Inkraftsetzung genannt.

weiterzuleiten sind» (Art. 49). Das Rektorat als Exekutive ist gleichzeitig wesentlicher Bestandteil der Legislative sowie Aufsichts- und Beschwerdestanz – und letztlich ohne Kontrolle. Es scheint nun aber sehr fragwürdig, ob ein so hochkomplexes differenziertes Gebilde wie die heutige Universität nach dem im Entwurf vertretenen Hierarchieprinzip überhaupt sachkompetent und im technokratischen Sinne effizient geleitet werden kann.

Aus der Zweckbestimmung «Verfolgung studentischer Interessen im Rahmen der gesetzlichen Universitätsaufgaben und -zwecke» wird sich eine unabsehbare Kette zäher Streitigkeiten um mögliche



Interpretationen ableiten. Das Recht, aus der öffentlich-rechtlichen Körperschaft auszutreten (Art. 39), wird kaum zur Klärung der Fragen nach der Repräsentation oder Repräsentativität studentischer Aktionen beitragen.

Freiburg für einmal eher «voraus»

2:1-Parität, ein Student in der Berufungskommission, Verankerung der studentischen Körperschaft, ein Numerus clausus wird nicht vorgesehen – das tönt etwas besser als anderswo. Allerdings wird in Freiburg der alte Zopf der Fakultätsheftigkeit auch nicht abgeschnitten. Somit bleiben die Knebel jeglichen Fortschritts – Dahrendorf nannte sie Kartelle der Inaktivität –, die eine Reform der Ausbildungsgänge und damit der Bildungsinhalte im ganzen verhindern. Es wird auch weiterhin

hochspezialisierte, einseitig ausgebildete Akademiker geben, die den gesellschaftlichen Problemen mit ihren ökonomischen, sozialen, juristischen und psychologischen Aspekten in keiner Weise gewachsen sind.

Kurz vor Abschluss des Legiferierungsprozesses steht nun auch der wichtige Artikel über die Zwangsmemberschaft unter Beschluss. Das Thema der sexuellen Repression, behandelt in der Studentenzeitung «Spectrum», löste im katholischen Freiburg heftige Reaktio-

nen aus und wurde von der Freisinnig-Demokratischen Partei zum Anlass genommen, mit einer Motion im Grossen Rat die Aufhebung der Zwangsmemberschaft zu fordern (6. Juni 1976).

Die detaillierte VSS-Dokumentation «Universitätsgesetze II» sowie die studentischen Forderungen zu den Themen Leitungsstruktur/Mitbestimmung, Berufungen, Studentenschaft, Immatrikulation, Disziplinarrecht, formuliert auf einem nationalen VSS-Seminar vom 21. 6. 1976 in Bern, können beim VSS, Erlachstrasse 9, 3012 Bern, bezogen werden.

VSS erhält weiterhin Geld von Berner Studenten

Das Bundesgericht ist auf eine staatsrechtliche Beschwerde nicht eingetreten, welche dagegen gerichtet war, dass die Kasse für studentische Zwecke der Universität Bern Beiträge an den Verband Schweizerischer Studentenschaften (VSS) ausrichtete. Nach Auffassung des Bundesgerichtes ist die Kasse zwar einer politisch neutralen Verwendung ihrer von den Studenten aufgebracht Mittel verpflichtet. Diese Verpflichtung gebe aber den Studenten keinen Rechtsanspruch hinsichtlich der Verwendung der Gelder, den sie auf dem Beschwerdewege geltend machen könnten.

Möge die Neutralität des VSS auch kritischer sein, so das Bundesgericht, sei doch die Studentenschaft Bern Mitglied des Verbandes und diesem daher von Bundesrecht wegen Beiträge schuldig. «National-Zeitung», 24. 9. 76

Schulthess Polygraphischer Verlag AG Zürich
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen

Studentenschaft der Uni Freiburg:

Politik - im Namen der Moral

In Freiburg hat Ende des Sommersemesters die Juniurnummer der Studentenzeitschrift «Spectrum» wegen ihres angeblich obszönen Inhalts viel Staub aufgewirbelt. Rund acht Seiten widmete «Spectrum» dem Thema Sexualität, sexuelle Repression oder Homosexualität. Was das «Spectrum» dazu schrieb, hätte anderswo kaum jemanden aufgebracht. Nicht so im katholischen Freiburg. Sexualität oder gar «Propaganda» für Homosexualität ist dort noch immer ein sehr gefährliches heisses Eisen - man denke nur an den «Fall Pfürtners». Doch es geht bei der Freiburgiger «Spectrumaffäre» nur vordergründig um Sex und seine Moral. Hier wie an anderen Universitäten steht in erster Linie die sogenannte «Zwangsmittelgesellschaft zu den offiziellen Studentenorganisationen im Kreuzfeuer. Auch in Freiburg wurden konservative und rechtsgerichtete Kreise die Finanzierung der Studentenschaften durch alle Studierenden abschaffen und damit in erster Linie auch deren Zeitungen.

Wollte man den offiziellen Begründungen der CVP, die in Freiburg eine beherrschende Stellung einnimmt, der Radikalen (FDP), des Erziehungsdepartements (Direktor: Max Aebischer, CVP) und des Rektorats glauben, so verlangten sie vom «Spectrum» lediglich die «Hebung der Niveaus» aus katholisch-moralischer Sicht und nicht die Änderung des Inhalts der Zeitung. Gerade der Erziehungsdirektor betonte dies immer wieder.

Gewisse Tatsachen deuten aber darauf hin, dass der moralische Einwand gegen die Zeitung eher als politischer Vorwand zur stärkeren Kontrolle kritischer Studenten dient.

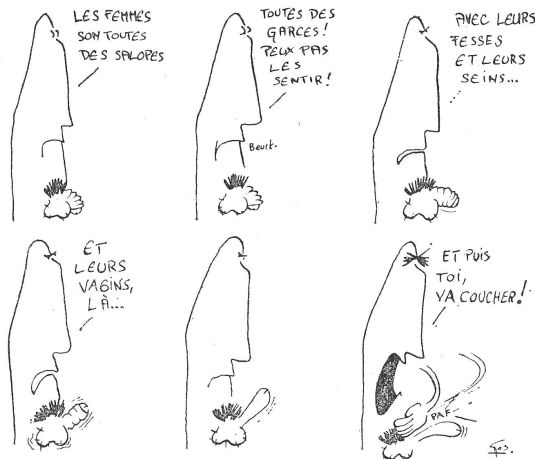
Die Mensabesetzung, der Streik am journalistischen Institut und andere Aktivitäten der Studenten mussten Behörden, Klerus und Finanz, die in Freiburg eine recht homogene Masse bilden, schon lange in die Nase stechen. Dazu kommt, dass das «Spectrum» immer wieder kritische Informationen brachte, die bei dem CVP-Meinungsmonopol im Kanton kaum durchgeschickert wären. So zum Beispiel als ein Sozialarbeiter des «Release» als marschierender Soldat anlässlich der Hungerkämpfe der Freiburgiger Truppen plötzlich ein denkansässiges Transparent entrollte, wonach der Grossrat die für das «Release» vorgesehene Subvention von 48 000 auf 2000 Franken zusammenschürte; so anlässlich des Nestlé-Prozesses in Bern (Nestlé beteiligte sich mit einem namhaften Beitrag an der Finanzierung des neuen Chemiegebäudes der Naturwissenschaftlichen Fakultät) oder während der Mensabesetzung.

Es musste darum stützig machen, als nach Erscheinen des letzten «Spectrum» die Angriffe gleich so massiv einsetzten. Plötzlich wollte man die Studenten und die Freiburgiger Bevölkerung vor dem «primitiven», «obszönen» usw. «Spectrum» schützen. Eine vom Studentenrat angeordnete direkte Abstimmung über die Zeitung wollte dann der Staatsrat aber nicht akzeptieren. In dieser Hinsicht ist es interessant zu wissen, dass von den (begonnenen) Uni-Neubau noch etwa eine Million Franken fehlt

die von privaten Geldgebern aufzubringen ist. Diese wollen nicht verärgert sein. Hier wird auch deutlich, welchem «Volk» Staatsrat, CVP und FDP die Lektüre des «Spectrum» nicht mehr zumuten wollen, denn seien wir ehrlich: welcher Arbeiter und welcher Bauer liest noch eine Studentenzeitschrift? Wohl hatte man auf dem Agef-Büro alle Hände voll zu tun mit dem Verkauf der begehrt Nr. 7, die Interessenten waren aber lauter Professoren und Politiker, die sich für einmal mehr oder weniger versämt auf Studentenbüro wagen. Auch der Universitätsrat, ein illustres, stark mit der Privatwirtschaft liiertes Gremium, das über den katholischen Charakter der Uni zu wachen hat, holte sich seine Ration.

Wie gesagt, den für den Beginn des Herbstsemesters vorgesehenen autonomen Entscheid der Studenten übers «Spectrum» wollte das Erziehungsdepartement nicht abwarten. Es drohte vielmehr mit der Aufhebung der Zwangsmittelgesellschaft, so dass der Studentenrat in eine Nichtfinanzierung der Zeitung während des nächsten Semesters einwilligen musste. Inzwischen werden sich die Regierung und das Rektorat, zum Teil durch die Studentenverbindungen unterstützt, um eine verschärfte Kontrolle der Zeitung bemühen. Man spricht bereits von einer aus Studenten und Professoren paritätisch zusammengesetzten Kontrollinstanz. Damit hätten sie dann erreicht, was unterm Deckmantel der Moralität von Anfang an ihr Ziel war: Gängelung kritisch denkender Studenten. Zudem wäre dann die ausgetrocknete Freiburg Presselandschaft wieder trocken genug. Denn die beiden Tageszeitungen mit Monopolstellung für den welschen und den deutschen Kantonsteil, «La Liberté» und die «Freiburger Nachrichten», stehen der CVP zumindest sehr nah. Erziehungsdirektor Max Aebischer ist übrigens auch Verwaltungsrat der «Freiburger Nachrichten».

Es liegt nun an den Studenten, dies zu verhindern, um so mehr, als es nur der Anfang einer umfassenden Unterdrückungsaktion sein könnte, denn ge-



Dessin de J-P Gos in «Les masturbations», livre en préparation

Illustration aus der umstrittenen «Spectrum»-Nummer

gen «contestateurs» hat das Erziehungsdepartement noch andere Mittel auf Reserve, wie Max Aebischer bei einer Unterredung mit der «Kommission Zwangsmittelgesellschaft» meinte. Deutlich drücken sich auch die Radikalen aus: «Die Geschäftsleitung der FDP, Red.» erinnert daran, dass sie bereits vor 2 Jahren gegen die steten Unruhen (an

der Uni, Red.) protestiert hat. Ihre Feststellungen wurden jedoch seinerzeit vom Rektorat kategorisch demütiert. Seither hat sich die Lage verschlimmert... Aus diesen Erwägungen heraus hat die Geschäftsleitung beschlossen, vom Staatsrat energische Massnahmen zu verlangen, damit diese Störungen ein Ende gesetzt wird.»

Aufgaben von Kleinanzeigen:
Preis: bis 30 Worte 12 Fr., bis 60 Worte 24 Fr.; für Chiffreinsätze 3 Fr. Zuschlag.
Text mit Schreibmaschine oder Blockschrift sauber auf ein Blatt schreiben. Name und Adresse beifügen und einenden an MOSE-Annoucen AG, Postfach, 8023 Zürich; Betrag auf Postcheckkonto 80-1027, Mosse AG, 8023 Zürich, einzahlen, mit Vermerk «Kontoinhaber des Konzepts» bzw. «Kleinanzeigen des Konzepts» auf der Rückseite vom Abschnitt des Einzahlungscheins. Das Inserat erscheint nach Überweisung des Betrages. Diskretion zugesichert. Unter dieser Rubrik werden keine kommerziellen Inserate angenommen. Einsendeschluss wie für Inserate (siehe Impressum).

schaft, Ferien usw. Chiffre 2910, Mosse-Annoucen AG, 8023 Zürich.
Schweizer in Zürich, Nichtstudent 30/182, sucht flotten ehrlichen Freund, zum Aufbau einer Freundschaft (evtl. Wohneng. 2-3 Tage wo, gegen finanziell. Beteiligung). Nur ernstgemeinte Briefe mit Photos erreichen mich unter Chiffre 2828, Mosse-Annoucen AG, 8023 Zürich.

REIS MIT! gratis
Rene, Helga, Jürg, Kaija suchen zwei Mädchen für eine Reise (1-2 Jahre) durch die USA, Kanada (evtl. arbeiten und Südamerika. Motto: Genessen, Rucksack, Zelt; Transport: alle Fortbewegungsmittel und zu Fuss; Reisezeit: ca. 1000 Franken; Abreise: ca. Januar 77; Nähere Auskünfte: (041) 23 18 55 (abends ab 20 Uhr), Jürg verlangen.

1978 in Lateinamerika. Ein 25jähriger Deutscher will per Dampfer, Bus und Bahn Lateinamerika bereisen. Reise-dauer: ein Jahr. Wer gleiches plant, sollte mir einmal schreiben. Meine Adresse: Dieter Jungblut, Benhäuser Strasse 7, D-479 Fadohorn, BRD.

treffpunkt
Flexibler Jüngling, 26/174, beschnauzt, recht gut auss., möchte mit einem hübschen und interessanten Mädchen eine tiefe und feste Beziehung aufbauen, um sich gegenseitig hinzuwenden und intensiv auszutauschen. Chiffre 2987, Mosse-Annoucen AG, 8023 Zürich.
Gesucht mutige, eigenständige und feine Wohnpartnerin (bis 34) ausserhalb Basels (3 1/2 am Wald) - ob es dann zum Leben reicht, werden wir herausfinden nach vorgängigen Kaffeeklatsch-Verständnis in jedem Bereich wünscht sich unmaß., sich weiterbildender Künstler (Pädag., gepflegt, halb-lang, 36/176 Nordland-Schweizer, gesund, Nichtraucher). Wann passt es «Dir»? Haben Sie ein Bild - oder senden mich ins Bild! unter Chiffre 2994, Mosse-Annoucen AG, 8023 Zürich.
Ein Träumer, kleiner Dichter und Ritter ohne Furcht, lebensfähig, nicht nur alte Zöpfe, im Gegenteil; auch ohne Küstung gut anzusehen (Spring-insekt), mit Holzberg, 25, 174 und frech, sucht endlich ein liebes, geschicktes, eigenwilliges Mädchen, am besten etwas über dem grossen Sing-sang, lieber daneben als dabei, mit Temperament und anderen: kopfverdrehten, Kräften, Bildungschrift an Chiffre 2986, Mosse-Annoucen AG, 8023 Zürich.
Gutaussehender, sporttreibender, selbständiger, deutscher Dr. Ing. 38/182, vielfachen, mehrsprachig, in Zürich lebend, wünscht sich warmherzige, adäquate, nichtrauchende Partnerin, bis 30, für eine erfüllte Zukunft und freut sich darauf, Ihre Bildungschrift zu beantworten. Chiffre 2971, Mosse-Annoucen AG, 8023 Zürich.
BE, Student (21) sucht nettes Mädchen als Begleiterin für Theater, Konzerte und Kino. Bildungschrift an Chiffre 2909, Mosse-Annoucen AG, 8023 Zürich.
BE/FR, Student, 29/180, schlank, sucht liebes, zärtlichen Freund, zum Gerühben, bis 30jährig, wenn möglich Dauerfreundschaft. Jede Bildungschrift wird beantwortet. Chiffre 2908, Mosse-Annoucen AG, 8023 Zürich.
Zürcher Doktorand sucht intelligenten, kultivierten Kommilitonen, von guter Erscheinung und mit «bi»-Neigungen, für gelegentliche Meetings, Berg-weekends usw. pp. Dauerbekanntschaft möglich, aber kein Dauerengagement wie Wohngemein-

PEN PAL neues Magazin
für Kontakt, mit Photo und Adresse, am Kiosk erhältlich.

FLOHMARKT
Welche Zürcher Familie, deren Sohn in Lausanne studiert, wurde ab 1. Oktober 1976 jungen Mann, Student in Zürich, im Austausch für Zimmer und Pension nehmen? Nähere Auskünfte: Tel. (021) 71 17 36.
Engagierter Jus-Student oder junger Rechtsanwalt als Beistand für einen Krankenkefall gesucht (dringend). Sich melden bei Frau M. Breitenmoser, Osteigstr. 2, 8049 Zürich.

SSS studentenschreib-service
Dissertationen Lic.- und Sem.-Arbeiten
- vorschriftsgemässe und rasche Ausführung
- druckfertig ab Manuskript, inkl. Korrektur
- deutsch, englisch, französisch
- IBM-Kugelpkop-Maschinen mit Filmband (besonders geeignet für Offset)
- 20 verschiedene Schriften
- Offsetdruck. Preisliste anfordern!
Rufe uns einfach an oder komme vorbei (3 Min. von der Uni Zürich!).
Tel. (01) 32 00 88
Sonneggstr. 26
8006 Zürich

DISSERTATIONEN
druckt exzellent von DIN A4-Vorlage auf DIN A5-Format
BÖNECKE
3392 Clausthal-Zellerfeld
Fach 29 Ruf 05233/3525

	bei Expl.	DM pro Seite
	70	3.30
	100	3.45
	150	3.65
	200	3.80
	300	4.25

Frachverbilligung Raster billigst! Angebot anfordern!

das Konzept Tip

In dieser Spalte stellt die Redaktion lesenswerte Publikationen ausserhalb der kommerziellen Produktion vor.

Dummheit ist lernbar
Bis jetzt konnte man Jürg Jegge in einer breiteten Öffentlichkeit vor allem als engagierter Liedermacher, der sich vorwiegend für die Immer-zu-kurz-Gekommenen einsetzt. Anregungen für seine Liedertexte erhält er vor allem aus seiner konkreten Arbeit als Sonderklassenlehrer. Nun hat er diese Erfahrungen in Buchform herausgegeben. Was dabei herausgekommen ist, ist eine der wichtigsten pädagogischen Publikationen seit langem. Hier wird in einer glasklaren Analyse den Wurzeln der sogenannten «Dummheit» nachgegangen und aufgezeigt, welche eine brutale Funktion die bürgerliche Schule im unwürdlichen an Pestalozzi denken lässt. Pflichtlektüre für jeden pädagogisch Arbeitenden und Interessierten. (Jürg Jegge: «Dummheit ist lernbar», Zytlogge-Verlag Bern. 21 Fr.)

40 Stunden sind genug
«1889 erklärte die 2. Internationale den 1. Mai zum Kampftag für den Achtstundentag. Heute, 87 Jahre danach, ist die Forderung aktueller denn je: 5x8 Stunden sind 40 - und 40 Stunden sind genug!»
Voranschichtlich Ende 76/Frühjahr 77 wird dem Schweizer Volk die 40-Stunden-Woche-Initiative der Progressiven Organisationen POCH zur Abstimmung vorgelegt. Während Wirtschaft und Gewerbe die Initiative heftig bekämpfen, der Bundesrat Ablehnung empfiehlt, sind die Gewerkschaften und Sozialdemokraten gespalten. Die POCH-Broschüre «40 Std. sind genug» fasst Argumente für und gegen die Initiative zusammen. Darüber hinaus ist sie als praktische Argumentationshilfe gedacht für alle diejenigen, die unseren Kampf um Arbeitszeitverkürzung unterstützen». Zu beziehen bei: POCH-Verlag, Postfach 539, 8026 Zürich, 2.50 Fr.

Albert Einstein
Dass der Begründer der allgemeinen und der speziellen Relativitätstheorie nicht nur eine hervorragende Persönlichkeit der Wissenschaft war, wissen vielleicht viele Leute, und sie denken dabei an die Geige, welche Einstein ausgezeichnet und mit Liebe strich. Dass er aber darüber hinaus auch ein unermüdlicher Streiter für den Frieden und gegen den Militarismus war, wird oft gerne verschwiegen. Einsteins Einfluss auf Friedensbemühungen von Wissenschaftlern ist bedeutend; er gilt als Mitbegründer der Pugwash-Bewegung, einer Vereinigung von Wissenschaftlern für den Frieden. Bei Stocker/Schmid ist eine Biographie: Einstein, Schöpfer und Rebell, erschienen, von einem Schüler Einsteins unter Mitarbeit der Sekretärin Einsteins verfasst. Sie sind darum bemüht, sowohl Einsteins Forschungsarbeit als auch seine Friedensbemühungen nachzuziehen. Die Biographie ist nicht zuletzt auch darum interessant, weil Einsteins Leben stark mit der Schweiz verknüpft ist.

Isolationshaft
«Todesstrafe auf Raten - Isolationshaft in der Schweiz» heisst eine neue Broschüre, die vom Komitee gegen Isolationshaft herausgegeben wurde.
Das Komitee versteht diese Publikation als Teil einer Antwort auf die Stellungnahme der Zürcher Justizdirektion zum Problem der Einzelhaft vom 19. 8. 76. Die Justizdirektion wendet sich darin u. a. gegen «kaum brauchbare Meinungsäusserungen» von Leuten, «die aufgrund ihrer beruflichen Herkunft besser belehrt sein sollten».
Die Lektüre dieser Analyse über eine Wirklichkeit soll aufzeigen, dass hier allerdings Belehrung nottut, wenn auch nicht unbedingt im Sinne der Justizdirektion.
Erhältlich beim eco-verlag, Postfach, 8021 Zürich. 5 Fr. 79 Seiten.

Alternativkatalog 2
Auf rund 300 A4-Seiten sind Buchtips, Adressen von Kontaktstellen und Alternativvorschläge betreffend Energie, Landbau, Körper (Ernährung, Medizin, Sex), Bewusstsein (Schwerpunkt: Bildung) und Gemeinschaften zu finden. Ein detailliertes Stichwortverzeichnis erleichtert den Zugang zu den sehr unterschiedlichen Informationen. Der von der Dezentrale herausgegebene «Alternativkatalog 2» kostet 27 Franken (ab 10 Stück Mengenrabatt von 30%); man erhält ihn durch eine Vorauszahlung des Betrages von Blabla, 36, rue Pierre Pequinant, 2900 Porrentruy, PC 82-8529 und in vielen Buchhandlungen.
Hett 1 des Alternativkatalogs, das über Hausbau, Gemeinschaften, Transport, Kommunikation und Recycling berichtet, kann für 12 Franken nachbezogen werden.

Dissertations-Schnell-Druck

unverbindliche Beratung
individuelle Ausführung jeder Dissertation
kostenloser, zuverlässiger Kundendienst
Schlagerpreise
7 gute Gründe, uns anzurufen
7 kurze Lieferfrist
6 erstklassige Qualität
5
4
3
2
1

Zollinger AG. Tel. 710 63 60

30 Jahre Genossenschaft Literaturvertrieb
Schöne Literatur
Technik und Wissenschaft
Grosses Auslieferungslager Bücher aus der DDR
Buchhandlung Genossenschaft Literaturvertrieb
Cramerstrasse 2 / Ecke Zweierstrasse, 8004 Zürich
Tel. 01 39 85 12 und 39 86 11

USA, Wisc. Familienaufenthalte für Töchter
von 18 bis 24 Jahren vermittelt International Summer Camp, 5401 Baden, Tel. 056/22 32 60

Sie suchen in Zürich
möbl. Zimmer oder **möbl. Wohnung?**
Rufen Sie uns an, wir können Ihnen bestimmt verschiedene interessante Angebote unterbreiten. Keine Gebühren!
Verwaltungs AG, 8039 Zürich
Tollstr. 48, Tel. 25 73 12

**Semesterarbeiten
Dissertationen**

tippe ich rasch, zuverlässig und preisgünstig.
R. Hager, Waldstrasse 14
8046 Zürich
Tel. (01) 57 66 50


Was zu verkaufen? Machen Sie doch ein Kleininserat im «konzept». Für nur Fr. 12.- erreichen Sie das gleiche wie in jeder Tageszeitung und unterstützen zudem «das konzept» damit.

Ihre DISSERTATION
druckt zu vernünftigen Preisen

Gysin
Ruedi Gysin AG Haus der Reprographie
im ehemaligen Zelt St. 8577 Zürich, Telefon 01/60 16 66
Friede 8050 Zürich-Oberkolln
Hugobachstrasse 2 / Ecke Schwamendingenstrasse, Telefon 01/46 22 33

Bringen Sie Ihre wissenschaftlichen Arbeiten dem erfahrenen Spezialisten:
Juris Druck + Verlag AG, Basteiplatz 5, 8001 Zürich
Telefon 01 / 27 77 27

GAULOISES



Natürlich... Gauloises-Typen.

CH 77 KALENDER

"Klassenkämpfe in der Schweiz 1977"
13 mehrfarbige Siebdrucke DIN A3 mit Graphiken, Fotoauszügen, Kartenskizzen und Texten zur politischen Situation in der Schweiz, z.B. Frauen, Jugend, Armer, Jura.



Ich bestelle den CH 77 Kalender Format DIN A3, Preis: Fr. 12.- (und Porto & Verpackungskosten)

Vor- und Nachname: _____
Stempel / Ort: _____
Unterschrift: _____

Einsenden an PÖCH-Verlag, Postfach 539, CH - 8026 Zürich Poststempel 80-19540
Sonderangebot bis Ende Oktober: bei Vorauszahlung Porto & Verpackung frei. Geschenk - Tip: 3 Ex. Fr. 30.-

Brief aus Bolivien

Lieber Mike,

es ist zwar schon lange her, dass Du mir vorgeschlagen hast, hier in Bolivien der Stadtguerilla beizutreten, mit sicherem Einkommen und Gratisbeerdigung oder so, aber es ist mir eben wieder in den Sinn gekommen, als Möglichkeit, zurück ins Schweizer Alltagsleben einzusteigen und mich vorzubereiten auf eine Rückkehr nach Bolivien! Lach nicht! Es sind zum Teil recht ernsthafte Erwägungen!

Gestern sind wir per Lastauto im ersten Dörfli in Peru eingefahren, am Nordufer des Titicacasesee. Und stell Dir vor, im letzten bolivianischen Dorf vor der Grenze haben wir das Glück gehabt, einen Arzt und (R)evolutionär kennenzulernen, der mir wieder Hoffnungen gegeben hat für eine etwas menschenwürdiger und freiere Zukunft Boliviens, wenn auch erst in hundert Jahren.

Du weisst ja, dass Bolivien in Sachen Unterdrückung, Folterung, Missachtung der Menschenrechte Chile in nichts nachsteht. Nur weiss die Regierung haarsträubende Tatsachen oft recht gut zu verheimlichen, und jede Menge «Unfälle» sorgen dafür, dass unliebsame Aufmucker verschwinden oder sonstwie umkommen. Es ist ja so lächerlich, in der Zeitung zu lesen, mit der Subversion sei jetzt aufgeräumt, da sie in Cochabamba den «letzten» Guerillero ermordet haben.

Nach vier Monaten Reise durch Bolivien haben wir so viel unvorstellbare Armut, Misere und manipulierte Unwissenheit und Verdummung angetroffen, totale Ausbeutung der Arbeiter, Minenarbeiter und Bauern und eben, unvorstellbare Unterdrückung und Erstickung im Keim von Versuchen kleiner Änderungen. Die Regierung hat wirklich zu zustande gebracht, beinahe alle «Subversiven»-Herde zu zerschlagen, und viele haben kapituliert vor der ewigen Furcht, verraten zu werden und für seine Überzeugung das Leben lassen zu müssen. Die allermeisten Studenten – einst voller Ideologie und Kampfgeist – denken nur noch ans «Stützmachen», sobald sie ihren Titel haben. Oder reden nur gross unter ihresgleichen und tun nichts.

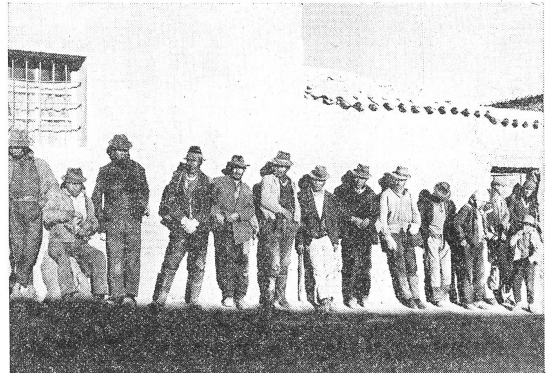
Bis wir jenen Arzt getroffen haben, dachte ich wirklich nicht mehr, dass noch einige Leute mit dem richtigen Bewusstsein und dem nötigen Kampfgeist übriggeblieben sind. Nun ist es aber so, dass die KP recht gut entwickelt ist und ihre Leute an so verschiedenen Posten sitzen. Am Beispiel des Arztes versuchen sie, den Bauern aufzuzeigen, wer schuld an ihrer Armut ist und daran, dass einfache keine Medikamente und Hilfsmittel im Spital vorhanden sind, um ihnen zu helfen, da die Regierung überhaupt kein Interesse am Gesundheitszustand der Bauern hat, nur daran, dass sie «dumm» bleiben und nicht merken, was eigentlich vorgeht.

Die Schulbildung auf dem Land ist gleich Null! Die Lehrer dort sind selber Bauernsöhne, wissen kaum mehr als die

Schüler selbst, meinen aber, dank ihrer kurzen Ausbildung, sie seien etwas viel Besseres, und sprechen voller Verachtung von den ungebildeten Indios, zu denen sie selbst gehören! Dabei hätten die Lehrer die grosse Möglichkeit, das Bewusstsein zu heben, zu ändern...

Ich habe wirklich einmal mehr über-

legt, hierher zurückzukommen, etwas besser vorbereitet und informiert, um vielleicht einen – wenn auch kleinen – Beitrag zu leisten für eine bessere Zukunft. Mir kommt es so komisch und unwirklich vor, nach all dem Gesehenen und Erlebten wieder zurück in die mechanische, organisierte, «heile» Schweiz zurückzugehen, mich dem bequemen Leben wieder anzupassen und Bolivien langsam, aber sicher wieder zu vergessen! Mit solidarischen Gruss



Diese bolivianischen Tagelöhner in der Provinz von Cochabamba müssen jeden Morgen aus neue für einen unsicheren und schlecht entlohnten Arbeitsplatz beim Grossgrundbesitzer antreten.

Kontinent der Unterdrückung

Argentinien

20 000 politische Gefangene (Schätzung von AI). Entführungen – politisch motivierte Morde und Berichte über Folterungen – das ist die Bilanz der seit März 1976 regierenden Militärjunta. Zivile Rechtsprechung und Arbeitsrecht wurden praktisch aufgehoben und durch eine Form des Kriegsrechts ersetzt; die Verletzung elementarer Menschenrechte hat ständig zugenommen. Besonders die Situation der etwa 60 000 Flüchtlinge aus Chile, Paraguay, Uruguay und anderen von Militärdiktaturen beherrschten lateinamerikanischen Ländern hat sich bedrohlich zuspitzt – immer häufiger werden sie unter Missachtung des Asylrechts in ihre Heimatländer abgeschoben, wo sie Gefangenschaft und Folterungen erwarten. Prominente mit Uno-Flüchtlingsstatus wie der frühere Parlamentspräsident Uruguays, Hector Gutierrez Ruiz, oder der ehemalige uruguayische Senator Zelmar Michelini wurden erschossen aufgefunden; Anfang Juni ermordeten Unbekannte auch den einstigen bolivianischen Präsidenten Juan José Torres in der Nähe von Buenos Aires. Viele Berichte machen für diese Terrorwelle die schon seit längerem zusammenarbeitenden Geheimdienste der beteiligten Militärdiktaturen verantwortlich. Der Flüchtlings-Hochkommissar der Vereinten Nationen hat an alle Regierungen appelliert, Flüchtlinge aus Argentinien aufzunehmen.

verband der guatemalteckischen Studenten erklärt: «Der Terror, den wir seit zehn Jahren in Guatemala erleben, ist unerträglich.» 20 000 Menschen sind – nach Angaben in diesem Schreiben – während dieser Zeit ermordet worden oder verschwunden. Eine der zahlreichen paramilitärischen, mit Wissen der Regierung oder sogar in ihrem Auftrag operierenden Geheimorganisationen hat sogar von 30 000 Gräbern gesprochen. Leichenfunde in Massengräbern wiesen die Zeichen schwerer Folterungen auf. AI hat im Juni 1975 eine Dokumentation über Menschenrechtsverletzungen der OAS-Kommission für Menschenrechte übergeben.

Haiti

Tausende von Haitianern – Schätzungen schwanken zwischen 3000 und 30 000 – wurden unter der Dynastie der regierenden Familie Duvalier ermordet oder zu Tode gefoltert. Eine Million Menschen – ein Fünftel der Bevölkerung – hat das Land verlassen, das 1975 in einem offenen Brief von 32 Einwohnern an den Präsidenten ein «Schlachthaus für Menschen» genannt wurde. Politische Gefangene in unbekannter Zahl werden in Isolationshaft gehalten; Folterungen gehören zur alltäglichen Praxis des Regimes.

Paraguay

Das Land wird von der ältesten Militärdiktatur Lateinamerikas beherrscht; seit 22 Jahren erneuert Staatschef Alfredo Stroessner ständig für Teilgebiete den Ausnahmezustand. Wahlose Verhaftungen und Folterungen haben jede Opposition mundtot gemacht; es gibt politische Gefangene, die seit 17 Jahren ohne Verurteilung in Haft gehalten werden. Die Haftbedingungen sind so schlecht, dass fast alle Gefangenen krank sind; gleichwohl haben Ärzte keinen Zutritt zu den überfüllten Zellen.

amnesty international

Chile

«Die organisierte Demontage der chilenischen Kultur». Ein Bericht über die Situation an den chilenischen Hochschulen, «das konzept» Nr. 4, April 76
«Wirtschaft und Unterdrückung in Chile», über die Verknüpfung von Wirtschaftsordnung und brutaler Diktatur, «das konzept» Nr. 5, Mai 76
Erhältlich gegen je 1.50 Fr. in Briefmarken bei der Redaktion.

Bolivien

Seit der Machtergreifung durch Oberst Hugo Banzer im August 1971 wurden 5000 politische Gegner zur Emigration gezwungen; zeitweise waren (nach Schätzungen von AI) 2000 politische Gefangene inhaftiert. Es gibt zuverlässige Beweise schwerer Folterungen, verlängerter Haft ohne Prozess und willkürlicher Ermordung von Gefangenen – unter anderem in einem Dokument der bolivianischen katholischen Kirche von 1973. In den letzten Jahren wurde die Verfassung durch die Verhängung des Ausnahmezustands praktisch aufgehoben und das Parlament entmachtet; im Juni 1976 besetzte das Militär die Bergwerke, um einen Streik zu unterdrücken, schnitt die Arbeiterstellungen von der Trinkwasser- und Elektrizitätsversorgung ab und verbot sogar den Gottesdienst.

Brasilien

Schwere Folterungen und Mord an politisch Andersdenkenden kennzeichnen die Militärdiktatur seit der Machtübernahme im April 1964. Obwohl Präsident Ernesto Geisel bei seiner Amtsübernahme 1974 eine schrittweise Liberalisierung versprochen hatte, wurden wenig später neue Verhaftungswellen, Morde durch die berüchtigten rechtsradikalen «Todesschwadronen» und das spurlose Verschwinden von Oppositionellen bekannt. 1975 wurden 1500 Menschen verhaftet und viele von ihnen gefoltert; der bekannte Journalist Vladimir Herzog starb an der Folter. Wenig später schmuggelten 35 politische Gefangene ein Dokument aus dem Militärgefängnis von Sao Paulo, in dem 20 Arten von Folterungen beschrieben und die Namen von 233 Folterern – darunter hohe Armee- und Polizeioffiziere – genannt werden. AI hat dieses-Dokument veröffentlicht.

Uruguay

Mit einem politischen Gefangenen pro 500 Einwohnern hat Uruguay heute die höchste Rate von Inhaftierung aus politischen Gründen in der Welt. Die etwa 6000 Gefangenen sind der Willkür des Militärs ausgeliefert, das seit 1973 mit Notstandsgesetzen herrscht. Folterungen sind zur Routine geworden – AI hat eine Dokumentation über 24 Todesfälle durch Folterungen veröffentlicht. Im Juni 1976 wurde der Regierung von Uruguay eine Petition von AI überreicht, die 350 000 Unterschriften aus 70 Ländern trägt und eine unabhängige Untersuchung der Folterungen fordert.

Guatemala

In einem offenen Brief an den Präsidenten Kjell Laugerud hat im Juni 1976 der Dach-

Winter 76/77
überwintere

Schneesport, Winterreise, Flug, Züig
Abenteuer, Workshop



GENOSSENSCHAFT SCHWEIZERISCHER STUDENTENREISEDIENST

HILFE FUER DEN LIBANON

Der Libanon ist geteilt, die Phalangisten wüten, doch die PLO und die fortschrittlichen Kräfte leben. Sie benötigen unsere Hilfe jetzt! SKAAL verkauft das palästinensische Kopftuch zu ihrer Unterstützung. Es kann verwendet werden als Tischdecke, Wandschmuck, Hals- und Kopftuch oder als Geschenk.

Grösse: 120 x 120 cm
Farben: weisse Baumwolle; rot oder schwarz bestickt

Preis: fr 18.- plus 2.- Versand

Versand: Tuch kommt ins Haus durch Einzahlung von Fr. 20.- auf PKK 46 152 217 SKAAL, Postfach, 4001 Basel

Vermerks: "Tuch rot bestickt" oder "Tuch schwarz bestickt"

Spenden können auf obiges PC-Konto einbezahlt werden. Bitte Vermerk "Libanon" nicht vergessen. Danke.
Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika

Tages-Anzeiger

Unparteiliche schweizerische Tagesschau

Abonnementpreise: Einzelhefte Fr. 1.-
3 Monate Fr. 2.80
6 Monate Fr. 5.50
1 Jahr Fr. 10.50
Postzuschlag Fr. 0.30

Abrechnung: 1. bis 10. des Monats
Einzelnachnahme: Fr. 1.10
Einzelnachnahme: Fr. 1.10
Einzelnachnahme: Fr. 1.10

Libanon: Waffenruhe nur von kurzer Dauer

Beirut/Damasq, 11. Juni. CAPD hat die Waffenruhe als eine Fatale für die Libanon besiedelten Bevölkerung bezeichnet. Der Kampf um den Kontrolle der libanesischen Westbank ist ein Kampf um die Kontrolle der libanesischen Westbank. Die libanesischen Streitkräfte sind in der Lage, die Kontrolle der libanesischen Westbank zu übernehmen. Die libanesischen Streitkräfte sind in der Lage, die Kontrolle der libanesischen Westbank zu übernehmen. Die libanesischen Streitkräfte sind in der Lage, die Kontrolle der libanesischen Westbank zu übernehmen.

Nationalrat genehmigte SBB-Reaktion mit Reaktionsdefizit Defizitäre Bundesbahn-Nebenlinien nicht aufgeben

Der Nationalrat hat am Freitag die nachfolgende Resolution genehmigt: Die Bundesbahnen sind verpflichtet, die Nebenlinien zu betreiben, die für den öffentlichen Verkehr von Bedeutung sind. Die Bundesbahnen sind verpflichtet, die Nebenlinien zu betreiben, die für den öffentlichen Verkehr von Bedeutung sind. Die Bundesbahnen sind verpflichtet, die Nebenlinien zu betreiben, die für den öffentlichen Verkehr von Bedeutung sind.



Die Schüler NA Nationalist Heinrich Müller (rechts) wird als SBB-Reaktion... (Bild: SBB)

Assad spielt hoch

Als ein Araber Nationales Interesse... Assad spielt hoch. Assad spielt hoch. Assad spielt hoch. Assad spielt hoch. Assad spielt hoch. Assad spielt hoch. Assad spielt hoch. Assad spielt hoch. Assad spielt hoch. Assad spielt hoch.

Die Bundesbahnen... Die Bundesbahnen... Die Bundesbahnen... Die Bundesbahnen... Die Bundesbahnen... Die Bundesbahnen... Die Bundesbahnen... Die Bundesbahnen... Die Bundesbahnen... Die Bundesbahnen...

Bauma: Drei Tote bei Substanzfall

Zürich, 11. Juni. Ein schwerer Verkehrsunfall, der sich in der Nacht auf Freitag auf der Hauptstrasse bei Bauma ereignete, forderte drei Tote und eine lebensgefährliche Verletzung. Ein PKW fuhr auf einen Lastwagen auf und verursachte einen schweren Unfall.

Ein grosser Schritt für Polen und Deutsche

Polen und Deutsche haben einen grossen Schritt in Richtung Frieden gemacht. Die Verhandlungen zwischen den beiden Ländern sind in die richtige Richtung gegangen. Die Verhandlungen zwischen den beiden Ländern sind in die richtige Richtung gegangen. Die Verhandlungen zwischen den beiden Ländern sind in die richtige Richtung gegangen.

Kampfsieger Polleiter wird neuer Leiter

Der Kampfsieger Polleiter wird zum neuen Leiter ernannt. Die Wahl wurde von den Mitgliedern einstimmig angenommen. Die Wahl wurde von den Mitgliedern einstimmig angenommen. Die Wahl wurde von den Mitgliedern einstimmig angenommen.

Verhandlungsziel nicht erreicht

Die Verhandlungen sind gescheitert. Die Parteien sind nicht zu einem Einverständnis gekommen. Die Parteien sind nicht zu einem Einverständnis gekommen. Die Parteien sind nicht zu einem Einverständnis gekommen.

Werbung und Anzeigen

Werbung und Anzeigen...
Werbung und Anzeigen...
Werbung und Anzeigen...

Werbung und Anzeigen

Werbung und Anzeigen...
Werbung und Anzeigen...
Werbung und Anzeigen...

Werbung und Anzeigen...
Werbung und Anzeigen...
Werbung und Anzeigen...

Verhandlungsziel nicht erreicht

Die Verhandlungen sind gescheitert. Die Parteien sind nicht zu einem Einverständnis gekommen. Die Parteien sind nicht zu einem Einverständnis gekommen. Die Parteien sind nicht zu einem Einverständnis gekommen.

Wir gewährleisten nach wie vor 30% Studentenrabatt.

Coupon

Ich möchte gerne eine Zeitung kennenlernen, die mir nach wie vor einen Studentenrabatt von 30% gewährt.

Schicken Sie mir bitte den Tages-Anzeiger 2 Wochen lang gratis.

Ich möchte den Tages-Anzeiger abonnieren. (Die ersten 2 Wochen sind gratis.)

Ich wünsche folgende Zahlungsart:

monatlich Fr. 6.45

vierteljährlich Fr. 18.55

halbjährlich Fr. 36.75

jährlich Fr. 72.80

Name: _____

Strasse: _____

PLZ, Ort: _____

Fakultät: _____

Semester: _____

Bitte ausschneiden und senden an:
Tages-Anzeiger, Vertrieb
Postfach, 8021 Zürich